



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822
Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 24.09.2015

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 03.09.2015, 14:00 Uhr bis 16:15 Uhr, Stadthaus Deutz, Raum 16F 43

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Dr. Günter Bell

Behindertenbeauftragter

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Bauer

Verband für Gebärdensprachkultur Köln und Umland e.V.

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis

Frau Maria Hanisch

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Herr Paul Intveen

Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.

Herr Horst Ladenberger

Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Frau Barbara Röttger- Schulz

Polio Stammtisch

Herr Wolfgang Schmidt

Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH

Frau Sigrid Schmitz

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Herr Thorsten Steinbach

IncluCity Cologne

Herr Andreas Thermann

Arbeiterwohlfahrt

Herr Rainer Zuch

Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gisela Grüßer

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach

SPD

Herr Helmuth Krämer

DIE LINKE

Frau Elke Lerchner

FDP

Herr Manfred Waddey

GRÜNE

Ständige Gäste

Herr Thomas Dittmer	KVB AG Kölner Verkehrsbetriebe AG
Herr Thomas Philippi	SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH
Frau Ute Saher	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Frau Bettina Albrot	Amt für Schulentwicklung
Frau Claudia Baumgärtner	Kassen- und Steueramt
Frau Sabine Brinkmann	Amt für Wirtschaftsförderung
Frau Charlotte Dahlheim	Gesundheitsamt
Herr Ulrich Horn	Stadtplanungsamt
Frau Maria Knaup	Diversity-Fachstelle Behindertenpolitik
Herr Martin Lersmacher	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
Herr Frank Reissig	Amt für Wohnungswesen
Herr Ronny Sämann	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Frau Ute Schnell-Micka	Familienberatung und Schulpsychologischer Dienst
Herr Andreas Schwarz	Diversity-Fachstelle Behindertenpolitik
Frau Elisabeth Uhlig-Fasbender	Volkshochschule

Gäste

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Ute Palm	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Schriftführerin

Frau Angela Edith Thiemann	Diversity-Fachstelle Behindertenpolitik, Geschäftsführung StadtAG Behindertenpolitik
----------------------------	--

Presse

Zuschauer

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Dr. Bell die anwesenden Mitglieder und Gäste der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Er entschuldigt Frau Reker und Frau Rehberg, die terminlich anderweitig gebunden sind.

Die Einladung wurde fristgemäß veröffentlicht. Nach Festlegung der Tagesordnung wurde ein weiterer Tagesordnungspunkt angemeldet, der unter

4.13 Umsetzung Toilettenkonzept
2481/2015

behandelt werden soll.

Darüber hinaus zieht die Verwaltung den Tagesordnungspunkt

4.6 Diversity Konzept der Stadt Köln
hier: Sachstandsbericht

von der Tagesordnung zurück, da die Vertreterin der zuständigen Dienststelle zur heutigen Sitzung verhindert ist.

Der Tagesordnungspunkt

5.2 Fragen zum Gemeinsamen Lernen (insbesondere zum Stellenbudget)
1100/2015

Soll zusammen mit dem Tagesordnungspunkt

2.1 Inklusion an Kölner Schulen
hier: Erfahrungsbericht der Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen

behandelt werden.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wie folgt genehmigt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung

2 Gespräch und Vorträge

2.1 Inklusion an Kölner Schulen
hier: Erfahrungsbericht der Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen

3 Bericht des Behindertenbeauftragten

3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 03/2015
2043/2015

4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

- 4.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - 2. Bilanz und Ausblick
hier: Sachstandsbericht zur Erhebung der Grunddaten
- 4.2 Barrierefreies Wohnen
 - 4.2.1 Parkstadt Süd
hier: Sachstandsbericht
 - 4.2.2 Wohnungsbauforum
hier: Sachstandsbericht
 - 4.2.3 Novellierung der Landesbauordnung NW
hier: Sachstandsbericht
- 4.3 Planungshandbücher der Stadt Köln
hier: Aktualisierung hinsichtlich DIN-Vorgaben und Weiterentwicklung der Technik
- 4.4 Beschlussempfehlung "Moderne, barrierefreie und durch alle nutzbare Infrastruktur"
hier: Sachstandsbericht
- 4.5 Europaschule Raderthal
hier: Sachstandsbericht zur Barrierefreiheit der Schule
- 4.6 Diversity Konzept der Stadt Köln
hier: Sachstandsbericht

von der Verwaltung zurückgezogen
- 4.7 Barrierefreie Ratssitzungen
hier: Sachstandsbericht
- 4.8 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG
hier: Sachstandsbericht
- 4.9 KVB Haltstelle Heumarkt
hier: Nachrüstung der Handläufe durch Blindenbeschriftung
- 4.10 Fragenkatalog zum Thema Menschen mit psychischen Erkrankungen
1659/2015
- 4.11 Sachstand zur Planung einer Rampe zur Domplatte
1803/2015

4.12 Mobilitätshilfe der Stadt Köln
2017/2015

4.13 Umsetzung Toilettenkonzept
2481/2015

5 Mitteilungen

5.1 Fragen zum Gemeinsamen Lernen (insbesondere zum Stellenbudget)
1100/2015

5.2 Wahlprüfsteine der Vertreter/innen der Behindertenorganisationen und -
selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die
Kandidat/innen zur Kölner Oberbürgermeisterwahl 2015
hier: Antworten der Kandidat/innen

5.3 Bewerbung um Fördermittel aus dem ESF/EFRE Förderprogramm
hier: Sachstandsbericht

5.4 KIB Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2015
hier: Sachstandsbericht

6 Anfragen

7 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

7.1 Tag der Menschen mit Behinderung 2016
hier: Festlegung des Schwerpunktthemas

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

9 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 18.06.2015 wird ohne Änderungen genehmigt.

2 Gespräch und Vorträge

2.1 Inklusion an Kölner Schulen

hier: Erfahrungsbericht der Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen

Zu Beginn wird ein Kurzfilm mit Kommentaren zu den persönlichen Erfahrungen von Schülern und Schülerinnen, Lehrern und Lehrerinnen und Eltern gezeigt. Im Anschluss daran findet eine moderierte Diskussionsrunde statt:

Moderation: Anette Kellinghaus-Klingberg (IGS- Gesamtschule Holweide)

Teilnehmer der Moderations- und Diskussionsrunde:

Valerie Ehiwo	(Schülervertreterin, IGS Holweide)
Niklas Perez Mey	(Schülervertreter, IGS Holweide)
Britta Klostermann	(GU-Koordination [GU=Gemeinsamer Unterricht], IGS Holweide)
Sabine Feddeck	(Teamleitung OGTS Erich-Ohser-Schule [OGTS= Offene Ganztagschule])
Eva Thoms	(Elternvertreterin, mittendrin e.V.)

In der Diskussionsrunde berichten Betroffenen ihre Erfahrungen aus der Praxis mit der Inklusiven Schule. Es werden sowohl die positiven Erfahrungen, aber auch kritisch die Probleme mit der praktischen Umsetzung der Inklusiven Schule dargestellt. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von Verbesserungs-Wünschen bei der Umsetzung der Inklusiven Schule.

In der anschließenden offenen Diskussion stellt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fest, dass die Inklusive Schule trotz aller Kritik bei der Umsetzung in die Praxis ein wichtiger und unbedingt notwendiger Bestandteil einer inklusiven Stadtgesellschaft darstellt. Es gibt zwar noch viel Handlungsbedarf, aber dort wo Inklusive Schule zur Regel geworden ist, zeigt sich, wie positiv die Auswirkungen des gemeinsamen Lernens von behinderten und nicht-behinderten Kindern sind.

In Kürze soll die Fortschreibung des Inklusionsplanes in den Rat eingebracht werden. An dieser Fortschreibung sind eine Vielzahl von Ämtern beteiligt. Sobald diese Fortschreibung vorliegt, wird das Thema „Inklusive Schule in Köln“ von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wieder aufgegriffen werden.

3 Bericht des Behindertenbeauftragten

3.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 03/2015 2043/2015

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - 2. Bilanz und Ausblick hier: Sachstandsbericht zur Erhebung der Grunddaten

Herr Dr. Bell berichtet, dass mittlerweile die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe Handlungskonzept Behindertenpolitik stattgefunden hat. Diese zweite Sitzung war eine gemeinsame Sitzung der Verwaltung mit den Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Thema war die Sachstandserhebung zu der Umsetzung der Prioritäten und Zielen aus der 1. Bilanz. Gemeinsam wurden die Sachstandsberichte der Ämter diskutiert und hierzu Vorschläge, Nachfragen und Kritik eingebracht.

Auch mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege wurden die vorliegenden Sachstandsberichte diskutiert. Sie hatten ebenfalls Vorschläge, Nachfragen und Kritik eingebracht. Die Sachstandsberichte werden aufgrund dessen vom Behindertenbeauftragten mit den Fachämtern aktualisiert und dienen als Grundlage für die 2. Bilanz zum Handlungskonzept Behindertenpolitik.

Im nächsten Schritt erfolgt nun die Abfrage der Planungen der Ämter und die Wünsche und Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. In der dritten Arbeitsgruppensitzung werden die Verwaltung und die Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen gemeinsam über diese Planungen diskutieren. Auch dieses Ergebnis dient als Grundlage für die 2. Bilanz zum Handlungskonzept Behindertenpolitik.

Herr Ladenberger sieht die gemeinsame Erarbeitung der Grundlagen für die 2. Bilanz zum Handlungskonzept Behindertenpolitik als sehr wichtig an. Er betont, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen ein Augenmerk auf die Unterstützung der Ehrenamtlichen und die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit legen müssten. Entgegen der Zielsetzung in der 1. Bilanz hat es in diesem Bereich bestenfalls eine Stagnation, wenn nicht sogar eine Verschlechterung der Unterstützung durch den Stellenabbau in der Fachstelle Behindertenpolitik gegeben. So wird das Thema Arbeit bei der Fachstelle gar nicht mehr bearbeitet. Quernachfragen in der Verwaltung dauern länger. Es ist zwar ersichtlich, dass das vorhandene Personal alles ihnen Mögliche umsetzt, aber trotzdem ist der Personalabbau deutlich spürbar.

Herr Intveen dankt im Namen der stimmberechtigten Mitglieder für die frühe Einbeziehung in die Erstellung der 2. Bilanz zum Handlungskonzept Behindertenpolitik. Es ist sehr positiv zu sehen, dass sich die Verwaltung sehr selbstkritisch zeigt. Nachfragen waren zum Sachstandsbericht trotzdem erforderlich, z.B., wenn Ziele nicht umgesetzt werden konnten, warum diese nicht umgesetzt wurden und wann diese Aufgaben in Angriff genommen werden.

Herr Intveen hat daraus den Schluss gezogen, dass jede beteiligte Organisation auf weitere Unterstützung drängen muss und auch eine finanzielle Unterstützung im Haushalt verankert sein muss. Diese muss mindestens ähnlich hoch wie bei vergleichbaren Organisationen (Seniorenvertretung) sein. Dies ist unter anderem dafür erforderlich weitere Ehrenamtliche zu gewinnen, die die ehrenamtliche Arbeit der Be-

hindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen unterstützten. Hierfür ist ebenfalls eine weitergehende Unterstützung durch die Verwaltung erforderlich.

Auch Herr Thermann dankt im Namen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege für die frühe Information und Einbeziehung in die Erstellung der 2. Bilanz zum Handlungskonzept Behindertenpolitik. Aus diesen Informationen war deutlich ersichtlich, dass zwar viel, aber bei Weitem nicht alles erreicht wurde. So ist es z.B. mit dem Thema Wohnen gerade auch im Hinblick auf Menschen mit geistigen Behinderung/Menschen mit Lernschwierigkeiten. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege werden dementsprechend ihren Beitrag hierzu einbringen.

Herr Dr. Bell kündigt an, dass er in der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 02.11.2015 einen Zwischenbericht zu der Sachstandserhebung und den Planungen ab 2015 gegeben wird.

4.2 Barrierefreies Wohnen

4.2.1 Parkstadt Süd

hier: Sachstandsbericht

In der Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum „Barrierefreien Wohnen“ hat die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gefordert, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen an großen Wohnungsbauprojekten frühzeitig beteiligt werden. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat den Ratsbeschluss hierzu nicht abgewartet, sondern sich unverzüglich in das Beteiligungsverfahren zur „Parkstadt Süd“ (Link zur städtischen Website: <http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/planen-bauen/projekte/parkstadt-sued/>) eingebracht.

Die Federführung für das Projekt „Parkstadt Süd“ hat das Stadtplanungsamt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten sind die Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung mittlerweile so gestaltet, dass eine Beteiligung von Menschen mit Behinderung möglich ist. Das externe Planungsteam „Parkstadt Süd“ ist durch die Ansprache der Menschen mit Behinderung für das Thema Barrierefreiheit sensibilisiert worden.

Die Beteiligung von Menschen mit Behinderung an den Veranstaltungen hat auch erhebliche Auswirkung auf die inhaltlichen Planungen. Es ist eine Zielvereinbarung abgeschlossen worden mit 10 Qualitäts-Kriterien für die Parkstadt-Entwicklung. Das dritte Ziel heißt „Inklusion“. Dies ist ein beispielhafte Zielsetzung und Beteiligung, die es so bislang in Köln noch nicht gegeben hat.

Als nächstes steht die Veranstaltung zum Ideenmarkt an. Das Kunsthaus KAT 18 hat für die beteiligten Menschen mit Behinderung Plakate entwickelt, die die Vorschläge und Anregungen der Menschen mit Behinderung zur Inklusion darstellen.

Frau Röttger-Schulz ruft alle Interessierten auf, sich bei der Veranstaltung am 05.09.2015 die Plakate anzugucken und weitere Ideen einzubringen.

4.2.2 Wohnungsbauforum

hier: Sachstandsbericht

Herr Ladenberger berichtet, dass Herr Ladenberger, Frau Röttger-Schulz und Herr Dr. Bell zur Sitzung des Wohnungsbauforums am 31.08.2015 eingeladen waren und dort den Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Wohnungswirtschaft und die Resolution zum „Barrierefreien Bauen“ dem Wohnungsbauforum vor-

gestellt haben. Nach diesem Tagesordnungspunkt mussten sie jedoch die Sitzung verlassen, da das Wohnbauforum in nichtöffentlicher Sitzung tagt.

Dies ließ bei den Beteiligten die Frage aufkommen, warum die Menschen mit Behinderung nicht an wichtigen Themen wie die soziale Erhaltungssatzung der Stadt Köln oder Expertenbefragung zur Wohnungsbaupolitik Köln beteiligt werden. Es wurden hierzu nur Experten gehört, die aber keine Fachleute für Barrierefreiheit bzw. barrierefreie Planung sind. Wenn hier wirklich Partizipation der Menschen mit Behinderung ernst genommen werden soll, dann wären die Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und der Behindertenbeauftragter Mitglied im Wohnbauforum.

4.2.3 Novellierung der Landesbauordnung NW hier: Sachstandsbericht

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat zum Thema „Wohnen“ ebenfalls einen Appell an die Landesregierung NRW gerichtet, in dem u.a. die Landesbauordnung angesprochen wird.

Herr Dr. Bell berichtet, dass die Landesregierung im Juni 2015 den Referentenentwurf zur Novellierung der Landesbauordnung NW veröffentlicht hat. Dieser beinhaltet wichtige Kernpunkte, die auch die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als Forderungen in ihren Appell aufgenommen hat. Dies sind u.a. Aussagen, ab welcher Geschosshöhe Aufzüge einzubauen sind und wie viele Wohnungen bei Neubauten rollstuhlgerecht hergestellt werden müssen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen Behindertenbeauftragten hat zu diesem Referentenentwurf eine Stellungnahme abgegeben, der der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Landesarbeitsgemeinschaft stellt darin fest, dass die vorliegende Novellierung der Landesbauordnung eine deutliche Verbesserung in Richtung Barrierefreiheit darstellt, aber in vielen Bereichen noch nicht zufriedenstellend ist. Dies betrifft zum Beispiel die Vorgabe, welcher Anteil der Wohnungen bei einem Neubau rollstuhlgerecht hergestellt werden muss.

Die Behindertenverbände positionieren sich zurzeit ähnlich wie die Behindertenbeauftragten in NRW.

Herr Ladenberger stellt dar, dass in der Einleitung bzw. der Begründung zur Novellierung alles steht, was sich die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen wünschen: Es fehlen barrierefreie Wohnungen, die Barrierefreiheit ist ein unabdingbares Kriterium für Baumaßnahmen und vieles mehr. In der Novellierung selber sind hierzu aber keine adäquaten Aussagen zu finden. Die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen haben daher den Eindruck, dass die künftigen Investoren nicht von zu viel Bürokratie abgeschreckt werden sollen. Aber die Umsetzung der Barrierefreiheit muss überprüfbar sein.

Herr Ladenberger bedauert, dass die Behindertenverbände nicht an der Erstellung der Novellierung der Landesbauordnung beteiligt wurden. Das KsL hat eine Stellungnahme zur Novellierung der Landesbauordnung abgegeben, die als Anlage der Niederschrift beigefügt ist.

4.3 Planungshandbücher der Stadt Köln hier: Aktualisierung hinsichtlich DIN-Vorgaben und Weiterentwicklung der Technik

Herr Dr. Bell berichtet unter Tagesordnungspunkt 4.3 Planungshandbücher der Stadt Köln zusammenfassend auch zum Tagesordnungspunkt 4.4 Beschlussempfehlung „Moderne, barrierefreie und durch alle nutzbare Infrastruktur“, da sie sich inhaltlich überschneiden.

Der Themenkomplex umfasst den gesamten Aufgabenbereich des Dezernates Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr. Daher ist ein Abstimmungsgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Dezernates mit dem Behindertenbeauftragten geplant.

Darüber hinaus sollte das Thema in die Fortschreibung des Handlungskonzeptes Behindertenpolitik aufgenommen werden, da dies eine langfristige und umfassende Aufgabe der Stadtverwaltung ist.

Herr Intveen spricht das Gestaltungshandbuch Innenstadt an, welches mit den Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen im Hinblick auf die Barrierefreiheit abgestimmt worden war. Die Bezirksvertretung Innenstadt hat gegen diese im Handbuch vorgesehenen Bänke entschieden, so dass diese nicht zum Einsatz kommen. Er bittet daher dieses Thema zur nächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen, damit hier das weitere Vorgehen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik abgestimmt werden kann.

Des Weiteren berichtet Herr Intveen von der letzten Sitzung des Arbeitskreises Barrierefreies Köln, dass dort die Stadtraummanagerin die geplante Überarbeitung des Gestaltungshandbuches vorgestellt hat. Die in den DIN-Normen vorgegebenen technischen Anforderungen zur Barrierefreiheit scheinen in dem Gestaltungshandbuch bislang noch keine ausreichende Beachtung gefunden zu haben. Der Arbeitskreis Barrierefreies Köln arbeitet daran, dass Anforderung aufgenommen wird.

Herr Dr. Bell informiert, dass er der zuständigen Fachverwaltung Unterlagen und einen Entwurf zur Verfügung gestellt hat, wie die Anforderungen der Barrierefreiheit des Stadtraums entsprechend der DIN-Normen in das Gestaltungshandbuch aufgenommen werden könnten. Die für das Gestaltungshandbuch zuständige Fachverwaltung soll zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eingeladen werden, damit sie zum Gestaltungshandbuch berichtet.

4.4 Beschlussempfehlung "Moderne, barrierefreie und durch alle nutzbare Infrastruktur" hier: Sachstandsbericht

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 4.3 Planungshandbücher der Stadt Köln behandelt.

4.5 Europaschule Raderthal hier: Sachstandsbericht zur Barrierefreiheit der Schule

Herr Lersmacher berichtet, dass die Europaschule Raderthal in 2008 aufgrund einer Planung von 2007 teilweise saniert wurde. In Kürze steht die Generalsanierung des Schulgebäudes an, die auch die Herstellung der Barrierefreiheit des Gebäudes vorsieht.

4.6 Diversity Konzept der Stadt Köln hier: Sachstandsbericht

von der Verwaltung zurückgezogen

4.7 Barrierefreie Ratssitzungen hier: Sachstandsbericht

Herr Dr. Bell informiert, dass sich die Vorlage „Barrierefreie Ratssitzungen“ noch in der verwaltungsinternen Abstimmung befindet.

4.8 Mitnahme von E-Scootern bei der KVB AG hier: Sachstandsbericht

Herr Dittmer berichtet, dass die KVB AG als Anlage zur Niederschrift das Schreiben des Minister Groschek / Ministerium Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr für die Sitzung des Landtagsausschusses Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr am 27.08.2015 zum „Sachstand Gutachten E-Scooter“ zur Verfügung stellt. Das Land hat in einem Gutachten die Mitnahme von E-Scootern in Linienbussen und die KVB AG in einem weiteren Gutachten, die Mitnahme von E-Scootern in Stadtbahnen untersuchen lassen. Hierzu haben Fahrversuche stattgefunden. Der Behindertenbeauftragte der Stadt Köln war teilweise bei den Fahrversuchen anwesend. Die Gutachten sollen beim Runden Tisch beim Land, der voraussichtlich vor den Herbstferien stattfinden wird, diskutiert werden.

Herr Ladenberger stellt dar, dass die Menschen, die auf E-Scooter angewiesen sind bereits seit mehr als einem dreiviertel Jahr auf eine Lösung warten. Da er selbst dem Runden Tisch angehört, bezweifelt er, dass der Runde Tisch noch vor den Herbstferien stattfinden wird, da hierzu noch keine Einladung des Landes vorliegt. Damit wird die unerträgliche Lage für die betroffenen Menschen weiter aufrechterhalten. Herr Ladenberger verweist auf die Stadtwerke Münster, Solingen und die Düsseldorfer Rheinbahn, die bereits eine Zwischenlösung gefunden haben.

4.9 KVB Haltestelle Heumarkt hier: Nachrüstung der Handläufe durch Blindenbeschriftung

Herr Dittmer erläutert, dass in den entsprechenden Anhörungsverfahren mit den Behindertenverbänden vereinbart wurde, dass ein Konzept unter Beachtung der entsprechenden DIN-Norm erstellt wird. Mit dem Vertreter der Blindenverbände und dem Vertreter des städtischen Fachamtes fand ein Ortstermin statt, in dem konkrete Maßnahmen festgelegt wurden und in das Konzept aufgenommen wurden. Das Konzept soll nun in Kürze mit den Betroffenen diskutiert werden. Die Haltestelle Heumarkt soll dann als erste Haltestelle dementsprechend gestaltet werden. Nach einer Erprobungsphase kann dann das Konzept bei Bedarf überarbeitet werden. Danach können alle übrigen Haltestellen der Nord-Süd-Stadtbahn umgerüstet werden.

Die schriftliche Stellungnahme der KVB AG ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Intveen bittet die KVB AG zu einer der nächsten Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Stellung zu nehmen, inwieweit hochfrequentierte Haltestellen an zentraler Stelle z.B. Neumarkt und Dom Hauptbahnhof (Zwischendeck) mit einem Leitsystem ausgerüstet werden können, damit es blinden und sehbehinderten Menschen möglich wird, in dem Strom von Menschen, die dort täglich die Bahnen nutzen, sich von einer Treppe zur nächsten zurechtzufinden, um zur nächsten Bahn zu kommen.

Herr Dittmer macht darauf aufmerksam, dass für die Mehrzahl der Haltestellen das städtische Amt für Brücken und Stadtbahnbau zuständig ist. Die Stellungnahme sollte daher in Zusammenarbeit mit dem städtischen Fachamt erfolgen.

4.10 Fragenkatalog zum Thema Menschen mit psychischen Erkrankungen 1659/2015

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.11 Sachstand zur Planung einer Rampe zur Domplatte 1803/2015

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.12 Mobilitätshilfe der Stadt Köln 2017/2015

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Ladenberger berichtet ergänzend hierzu aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung / Rechtsfragen / Vergabe und Internationales, dass die Vorlage unter Ziffer 1 überarbeitet wird, da sich die Taxikosten in den vergangenen Jahren doch deutlich mehr erhöht haben als dort aufgeführt. Darüber hinaus wird überprüft, ob die in 2003 festgelegte Form der Mobilitätshilfe noch zeitgemäß ist.

4.13 Umsetzung Toilettenkonzept 2481/2015

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Auf Nachfrage von Herrn Ladenberger berichtet Herr Dr. Bell, dass die Toilettenanlage Krebsgasse Thema im Kriminalpräventiven Rat der Bezirksvertretung Innenstadt war. Die Drogenszene Neumarkt hat sich auf diesen Ort ausgeweitet, so dass eine Nutzbarkeit der Toilettenanlage von anderen Nutzern nur eingeschränkt gegeben ist.

Frau Dahlheim berichtet über die Bemühungen des Gesundheitsamtes zusammen mit den Trägern der Drogenhilfe, der Polizei und dem Ordnungsamt für die Drogenszene am Josef-Haubrich-Hof/Neumarkt Lösungen zu finden. Es soll den Betroffenen der Drogenszene Hilfsangebote, unter anderem auch einem Konsumraum, gemacht werden. Dieses Konzept wird im Gesundheitsausschuss am 24.09.2015 vorgestellt.

Herr Ladenberger stellt fest, dass in der Vorlage nur 22 Toilettenstandorte aufgeführt sind. 30 Standorte wurden vereinbart, so dass er eine weitere Diskussion um die Toilettenstandorte anregt. So wäre z.B. eine Behindertentoilette auf dem Porzer Markt sehr wichtig, da es dort in der Umgebung keine behindertengerechte Toilette gibt.

Herr Dr. Bell sichert zu, dass die Anfrage an die Fachverwaltung mit der ausdrücklichen Bitte weitergeleitet wird, insbesondere im Stadtteil Porz nach weiteren Toilettenstandorten zu suchen.

5 Mitteilungen

5.1 Fragen zum Gemeinsamen Lernen (insbesondere zum Stellenbudget) 1100/2015

Die Vorlage wurde unter TOP 2.1 Inklusion an Kölner Schulen mitberaten.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.2 Wahlprüfsteine der Vertreter/innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Kandidat/innen zur Kölner Oberbürgermeisterwahl 2015 hier: Antworten der Kandidat/innen

Herr Dr. Bell stellt dar, dass die Stellungnahmen der Oberbürgermeisterkandidaten von der Fachstelle Behindertenpolitik, so wie sie an die Fachstelle übermittelt wurden, in eine Datei kopiert und als Anlage zur Einladung veröffentlicht wurden.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahmen der OB-Kandidaten und Kandidatinnen zur Kenntnis.

5.3 Bewerbung um Fördermittel aus dem ESF/EFRE Förderprogramm hier: Sachstandsbericht

Herr Dr. Bell erläutert, dass die Abkürzung ESF/EFRE für die Förderprogramme der Europäischen Union, den Europäischen Sozialfond und den Europäischen Fond für regionale Entwicklung, stehen. Die Stadt Köln hat hier die Möglichkeit genutzt, sich mit einem integrierten Handlungskonzept, das sich auf die 11 Sozialräume, in denen auch die Sozialraumkoordinatoren tätig sind, zu bewerben. Das Bewerbungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Durch den Behindertenbeauftragten wurde als Maßnahme die Bestandsaufnahme „Wie inklusiv ist das Quartier?“ eingebracht, die in zwei Teile gegliedert ist: Im ersten Jahr des Projektzeitraums finden mit allen Beteiligten Gespräche statt, in denen das Interesse an der inklusiven Quartiersentwicklung geweckt werden soll und als Ergebnis die zwei zu untersuchen Sozialräume festgelegt werden. Im zweiten Projektjahr werden die ausgewählten Sozialräume unter Begleitung eines externen Gutachters untersucht, wie inklusiv sie zurzeit gestaltet sind. Ziel der Erhebung soll sein, wie eine inklusive Quartiersentwicklung gestaltet werden kann. Dies soll als Beispiel für weitere Projekte dienen.

Wenn die Stadt Köln mit der Bewerbung erfolgt hat, besteht die Möglichkeit einen Förderantrag zu stellen. Wenn dieser bewilligt wird, könnte Köln einen weiteren Schritt hin zu einer inklusiven Stadtgesellschaft machen.

5.4 KIB Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2015 hier: Sachstandsbericht

Frau Knaup berichtet, dass der Ausschreibungszeitraum einmal verlängert wurde. Alle Bewerbungen sind fristgerecht eingegangen. In Kürze findet die Jury-Sitzung statt.

Die Preisverleihung findet am Montag, 30.11.2015, 17.00 Uhr (Einlass 16.30 Uhr) im Forum der VHS im Rautenstrauch-Joest-Museum statt. D.h., die Veranstaltung findet aufgrund der Baustelle Archäologische Zone erstmalig nicht im Rathaus statt.

Beschluss:

6 Anfragen

Hierzu liegen keine Wortbeiträge vor.

7 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

7.1 Tag der Menschen mit Behinderung 2016 hier: Festlegung des Schwerpunktthemas

Herr Dr. Bell weist darauf hin, dass aus Einsparungsgründen sowohl der KIB – Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik als auch der Tag der Menschen mit Behinderung (03.12. des Jahres) nicht mehr jährlich mit einer Veranstaltung gewürdigt werden können, sondern nur noch abwechselnd jeweils alle zwei Jahre.

Im nächsten Jahr kann also wieder der Tag der Menschen mit Behinderung mit einer gemeinsamen Veranstaltung des Oberbürgermeisters und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik begangen werden. Damit die Fachstelle Behindertenpolitik mit der Planung der Veranstaltung beginnen kann, muss die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik das Thema der Veranstaltung beschließen.

Die Steuerungsgruppe Sport schlägt hierfür das Thema „Sport und Spiel – für alle“ vor.

Herr Ladenberger bittet, die Veranstaltung nicht im Sport- und Olympia-Museum im Rheinauhafen stattfinden zu lassen, da die Zuwegung nicht bzw. nur bedingt barrierefrei ist. Zudem findet zu dieser Zeit um das Museum herum der Weihnachtsmarkt am Schokoladenmuseum statt, was den Zugang noch weiter erschweren würde. Er schlägt stattdessen das RheinEnergieStadion in Müngersdorf vor. Das Land NRW hat in den dortigen Veranstaltungsräumen schon einige Veranstaltungen stattfinden lassen.

Herr Dr. Bell sichert zu, dass sich die Fachstelle Behindertenpolitik geeignete Räumlichkeiten für die Veranstaltung suchen und damit auch die barrierefreie Zuwegung und Nutzbarkeit berücksichtigen wird.

Frau Saher schlägt im Namen der Seniorenvertretung vor, dass es statt einer Groß-Veranstaltung in allen Stadtbezirken kleine Veranstaltungen geben sollte, die auch von hochaltrigen Menschen besucht werden können, da es für diese Menschen bislang sehr wenige Veranstaltungen bzw. Angebote gibt.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt als Schwerpunktthema der gemeinsame Veranstaltung des/der Oberbürgermeister/in und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Tag der Menschen mit Behinderung in 2016 das Thema:

„Sport und Spiel für alle“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

Hierzu liegen keine Wortbeiträge vor.

9 Verschiedenes

Herr Dr. Bell weist auf die Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hin, zu der einige Tischvorlagen ausliegen. Die Umfrage richtet sich an alle Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Die Umfrage ist unter folgendem Link zu finden:

http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ThemenUndForschung/Projekte/Umfrage_Diskriminierung_in_Deutschland/Umfrage_node.html

Des Weiteren liegt als Tischvorlage eine Einladung des Aufbruch für eine humane Psychiatrie in Köln e. V. zur Veranstaltung am 30.09.2015, 18.00 Uhr im BTZ Köln, Vogelsanger Str. 193, 50825 mit Dr. med. Ewald Proll zum Thema „Die elektronische Gesundheitskarte, Big Brother is watching You“ vor.

Beschluss:

Gez. Dr. Günter Bell
(Vorsitzender/Behindertenbeauftragter)

gez. Angela Edith Thiemann
(Geschäftsführung / Schriftführerin)

Anlage